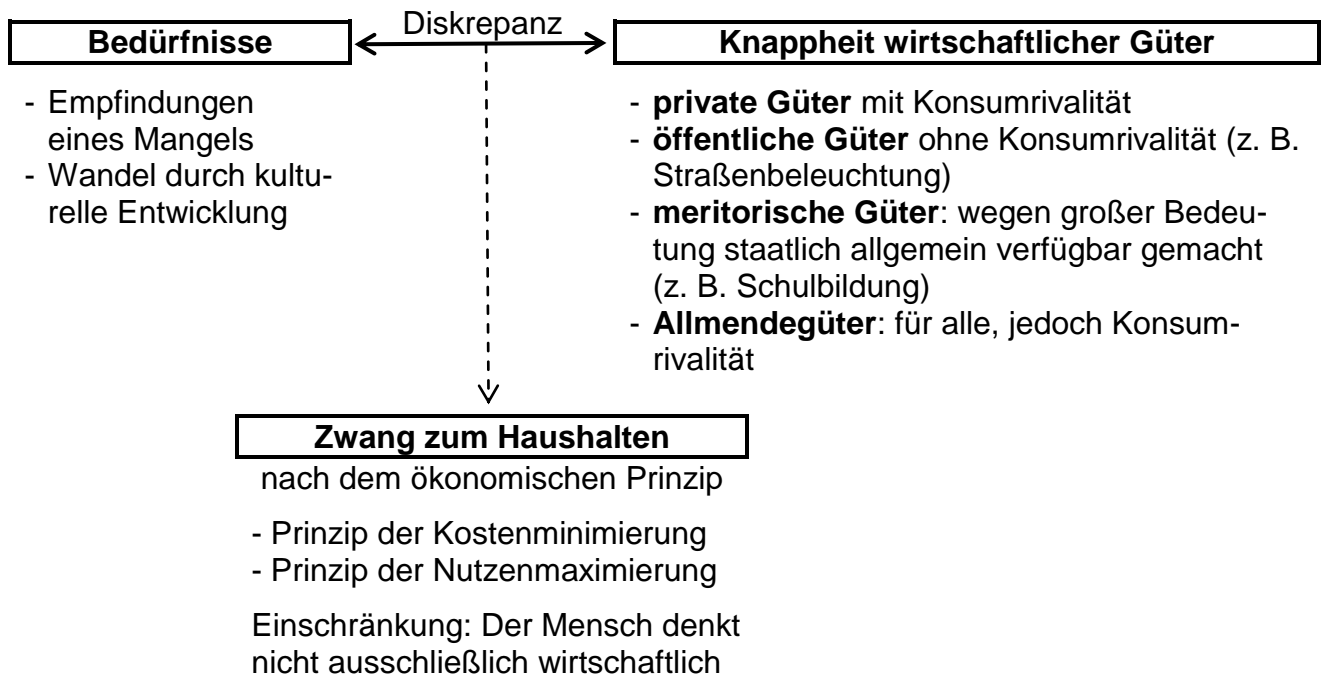


Wirtschaftsordnungen

Grundlagen von Wirtschaft

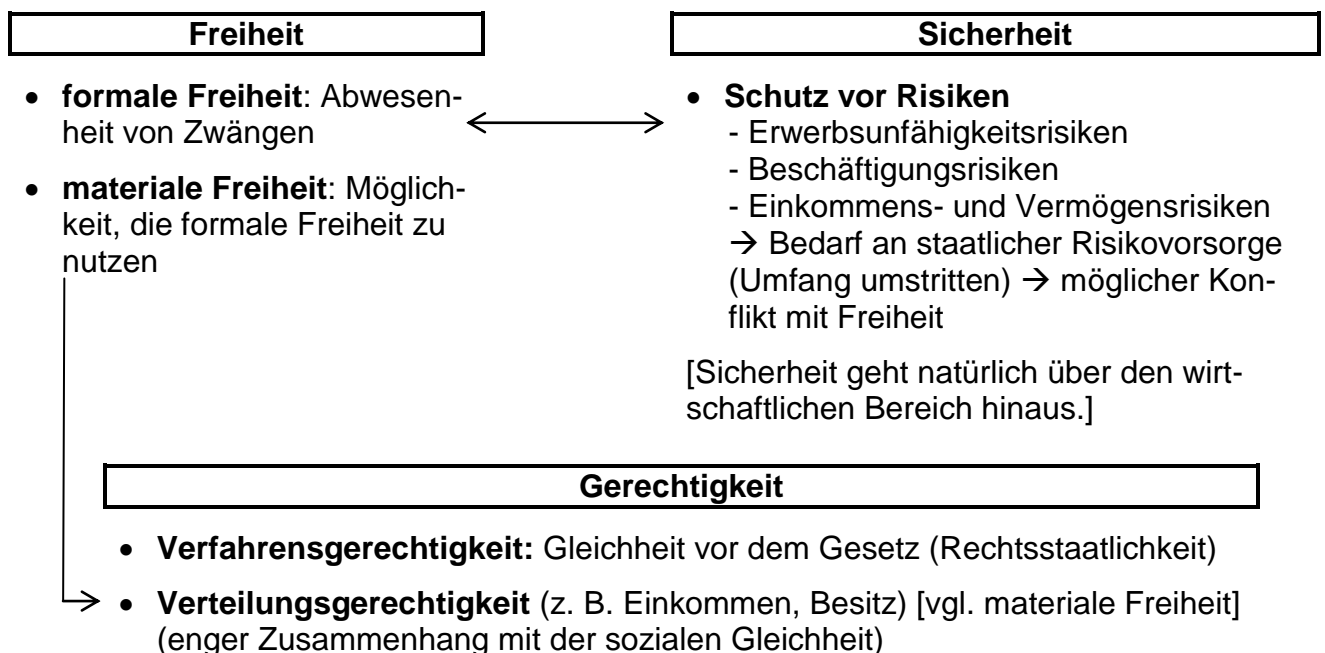
■ wirtschaftliches Handeln



■ Grundlagen von Lenkungsmodellen

- **Arbeitsteilung** → zwar wachsende Produktivität
→ aber Entstehung von Abhängigkeiten
↓
- **Lenkungssystem** soll Probleme lösen
 - Verwendung der knappen Mittel (Allokation)
 - Produktion
 - Verteilung
 - Verbrauch

■ Gesellschaftliche Grundwerte als Voraussetzungen für Wirtschaft



Die freie Marktwirtschaft

■ Konzept der freien Marktwirtschaft nach Adam Smith (18. Jh.)

Menschenbild:

- Mensch als rationaler, egoistischer Nutzenmaximierer (homo oeconomicus)

↓
Verfügung,
Streben nach
Vermehrung

Adam Smith (1723-1790)

- schottischer Nationalökonom
- Begründer der modernen Nationalökonomie
- Hauptwerk: „Der Wohlstand der Nationen“ (1776)

Wirtschaftsordnung:

- **Privateigentum** (→ Begriff „Kapitalismus“)



- **wirtschaftliche Freiheiten** (vgl. Liberalismus: „natürliche Freiheit“)
→ Wettbewerb
 - Freiheit der Berufswahl
 - Niederlassungsfreiheit
 - Produktionsfreiheit
 - Konsumfreiheit



Gemeinwohl
als volkswirtschaftlich größter
materieller Gesamtwohlstand

Aufgaben des Staates:

- **Sicherung der Freiheiten** durch
 - Landesverteidigung
 - Rechtsetzung (Gesetzgebung, Justiz)
- **Sicherung eines Minimums öffentlicher bzw. meritorischer Güter** (z. B. Bildung)

Insgesamt: Streben nach **Gewinnmaximierung** → unbeabsichtigte Förderung des Gemeinwohls

Liberalismus

- politische Strömung, hervorgegangen aus der **Aufklärung**
- Streben nach **Freiheit** und Selbstbestimmung des Individuums – gegen Bevormundung des Staates
- Anerkennung der **Menschenrechte**
- Durchsetzung des **parlamentarischen Systems**
- **Gewaltenteilung** gegen Missbrauch der Staatsgewalt
- **freie Marktwirtschaft** ohne staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Schranken (Laissez-faire-Prinzip) – somit **Gegenteil zum Merkantilismus** (= staatsdirigistisches Wirtschaftssystem des Absolutismus zur Erhöhung der Staatseinnahmen mittels Erzielung eines Außenhandelsüberschusses)

■ soziale und politische Grenzen der freien Marktwirtschaft

- **soziale Blindheit** des Marktes → Versorgung derjenigen, die nicht am Markt teilnehmen können (z. B. Kinder, Kranke, Alte) durch Sozialpolitik
- **Tendenz zur Monopol- bzw. Oligopolbildung**
- **Konjunkturschwankungen, Wirtschaftskrisen**
- **öffentliche Güter:** kein Markt → Bereitstellung durch die Politik

Die Zentralverwaltungswirtschaft (Planwirtschaft)

■ Zentralverwaltungswirtschaft als Idealtypus

- **Zentralbehörde** für die Kontrolle über die **Produktion**
- **Zentralbehörde** für die **Verteilung** von Gütern und Dienstleistungen
- Erstellung eines **Wirtschaftsplans** über Anzahl, Art und Preis der Produkte
- staatliche Festsetzung der **Preise**
- **kein Privateigentum** an Produktionsmitteln (jedoch Privateigentum an Konsumgütern) [Produktionsmittel = Fabriken, Maschinen, Werkzeuge ...]
- theoretische **Vorteile**
 - Vermeidung unternehmerischen Risikos (Ausschaltung von Konkurrenz)
 - Vermeidung von Beschäftigungsrisiken (Arbeitslosigkeit)
 - optimale Versorgung der gesamten Bevölkerung, auch der sozial Schwachen → Ziel der Egalität
 - Fehlen störender Konjunkturzyklen

öffentlicher (nicht privater) **Charakter wirtschaftlicher Belange**
(zentrale Planung – egalitäre Zielsetzung)

Idealtypus und Realtypus

- **Idealtypus:** theoretische Vorstellung (Gedankenbild) eines Konstrukts – Reduzierung auf wenige Merkmale (Begriff von Max Weber)
- **Realtypus:** tatsächliche Ausgestaltung eines Konstrukts

■ Zentralverwaltungswirtschaft als Realtypus (Beispiel DDR)

- **Überforderung der Verwaltung** (Informationsdefizite der Planungsbehörde über Fähigkeiten und Bedürfnisse der Individuen) → Verschwendung von Ressourcen (Fehlinvestitionen) und Arbeitskraft, Hemmung der wirtschaftlichen Produktivität → Versorgungskrise
- **unwirtschaftliche Subvention** billig gehaltener Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung)
 - Überteuering anderer Produkte (z. B. technische Geräte, Luxus)
 - Verschuldung im Ausland, Devisenbedarf für Importe
- **geringe Flexibilität** → Beeinträchtigung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen
- **fehlende Leistungsanreize**

Ineffizienz

Vergleich der Wirtschaftssysteme (Idealtypen):
freie Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft

	Freie Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
MENSCHENBILD	Mensch als rationaler, egoistischer Nutzenmaximierer mit subjektiven Bedürfnissen; Antrieb durch Wettbewerb	Mensch mit konstanter, objektiv feststellbarer Bedürfnisstruktur; Wettbewerb unnötig
KOORDINATIONSMECHANISMUS (WIRTSCHAFTSLENKUNG)	dezentrale Planung mit unabhängigen Akteuren auf dem Markt	zentrale Planung mit administrativer Wirtschaftsführung
VERTRAGSVERHÄLTNISSE	Vertragsfreiheit	Vertragsunfreiheit
EIGENTUMSORDNUNG	Eigentumsfreiheit; Privateigentum an Produktionsmitteln (= Kapital) → kapitalistisches Wirtschaftssystem	kein Privatbesitz, sondern gesellschaftliches Eigentum [Kollektiveigentum] (Staatseigentum und genossenschaftliches Eigentum) an Produktionsmitteln → sozialistisches Wirtschaftssystem
PRODUKTIONSZIELE	Gewinnmaximierung	Planerfüllung
VERTEILUNGSPRINZIPIEN	nach materieller Ausstattung	nach politischem Willen (Ziel der Egalität)
PREISBILDUNG	Festsetzung durch Verhältnis von Angebot und Nachfrage	Festsetzung durch die zentrale Planungsbehörde
LOHNBILDUNG	Festsetzung durch Tarifpartner	Festsetzung durch die zentrale Planungsbehörde
PRINZIPIEN	Leistung	soziale Gleichheit
GRENZEN DES SYSTEMS	soziale Blindheit Gefahr der Monopolbildung Wirtschaftskrisen	Ineffizienz - Überforderung der Verwaltung - fehlende Flexibilität - Versorgungsprobleme - Staatsverschuldung
POLITISCHES SYSTEM	Demokratie	Diktatur



Staat regelt nichts (aber er garantiert die Freiheit des Marktes)



Staat regelt alles

Theoretische Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft: Die Freiburger Schule (Ordoliberalismus)

■ Allgemeine Angaben

- Hauptvertreter: **Walter Eucken** (1893-1950)
- Zeitschrift „*Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*“ (1948 gegründet) → Begriff „**Ordoliberalismus**“
- auch also „**Neoliberalismus**“ bezeichnet (jedoch im anderen Sinne als heute gebraucht – seit ca. 1980 eher für Marktradikalismus verwendet)
- Erfahrungen des ungehinderten Kapitalismus der 19. Jh. (Laissez-faire) sowie Nationalsozialismus und Bolschewismus als Hintergrund

■ Ordnungsprinzipien der Wirtschaft (nach Walter Eucken)

- **Schaffung funktionsfähiger Märkte**
 - Gewährleistung von Grundfreiheiten (Gewerbefreiheit, Konsumfreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit)
 - Preisregelung nach Angebot und Nachfrage
 - offene Märkte (freier Zugang, Freihandel)
 - Einschränkung bzw. Kontrolle von Monopolen
 - Vertragsfreiheit
- Politik der **Preisstabilität** durch Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank
- **Privateigentum** und volle **Haftung** für getroffene Fehlentscheidungen
- **kontinuierliche und berechenbare Wirtschaftspolitik**
 - dabei Vorrang der Ordnungspolitik (Gestaltung der Rahmenbedingungen)
 - Verzicht auf direkte Eingriffe des Staates in Wirtschaftsabläufe
- **Sozialpolitik**
 - gewisse steuerliche Beeinflussung der **Einkommenspolitik** (z. B. Steuerprogression bei der Einkommensteuer)
 - begrenzte **betriebliche Mitwirkung** der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen
 - immer jedoch Erfordernis der **Marktkonformität**

marktwirtschaftliches System
mit Einschränkungen

dabei **Aufgaben des Staates:**

- zwar kein direkter Eingriff in den Wirtschaftsprozess
- aber ordnendes Handeln (**Ordnungspolitik**) zur Sicherung der Rahmenbedingungen
- also staatlich abgesicherte Entfaltung des Wettbewerbs

↓
allgemeines **Ziel:**
Schaffung einer
menschenswürdigen Ordnung

↑
Sozialpolitik
nur in **begrenztem**
Rahmen

■ weitere Vertreter der Freiburger Schule

- **Wilhelm Röpke** (1891-1966)
 - Gefährdung durch Wertverlust und Vermassung → Entstehung von Diktaturen
 - Gegenmaßnahmen. Föderalismus, liberales Wirtschaftssystem
- **Alexander Rüstow** (1885-1963)
 - Neoliberalismus als dritter Weg zwischen Planwirtschaft und „entartetem“ Kapitalismus
- **Franz Böhm** (1895-1977)
 - Ablehnung der Zentralverwaltungswirtschaft als automatisch zur Diktatur führend
 - Marktwirtschaft als prinzipiell selbstregulierendes System – jedoch mit Gefahren, die seitens des Staates zu regulieren seien

Die Soziale Marktwirtschaft

■ Theoretische Grundlagen

- Ordoliberalismus der Freiburger Schule
- Christliche Soziallehre

Christliche Soziallehre: theoretische Grundlage des Sozialstaates
Menschenbild: Mensch als Ursprung, Träger und Ziel des gesellschaftlichen Lebens
nicht: autonomes Individuum (Liberalismus)
Teil eines Kollektivs (Marxismus)
Ziel: soziale Gerechtigkeit führt zur Verwirklichung des Gemeinwohls
Prinzipien: Solidarität, Subsidiarität (= Vorrang von Eigeninitiative vor Fremdhilfe)

■ Schöpfer

- Alfred Müller-Armack (1901-1978)
- Ludwig Erhard (1897-1977)

Ludwig Erhard (CDU)
1949-1963 Wirtschaftsminister (Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, Vater des Wirtschaftswunders)
1963-1966 Bundeskanzler

■ Ziele / Prinzipien

- **Wettbewerb**
 - Verhinderung von Monopolen und Oligopolen durch staatliche Aufsicht
 - Privateigentum
 - wirtschaftliche Freiheitsrechte (Konsumfreiheit, Produktionsfreiheit ...)
 - Preisbildung durch Angebot und Nachfrage
- **Marktkonformität**
 - kein Eingriff des Staates in die Preisbildung aus Angebot und Nachfrage (z. B. Mietunterstützung für Bedürftige oder sozialer Wohnungsbau [vgl. Sozialprinzip] statt Mietpreisbegrenzung)
- **Sozialprinzip:** Verbesserung der Lebensumstände
 - Umleitung von Einkommensströmen
 - Ermöglichung sozialer Leistungen (z. B. Kindergeld, Sozialsubventionen)
 - Sozialversicherung
 - aktive Konjunktur- und Strukturförderung

Vergleich zwischen Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft:

zwar **grundsätzliche Übereinstimmung** bei der Erfordernis staatlicher Maßnahmen, jedoch **Unterschiede hinsichtlich dem Ausmaß dieser staatlichen Maßnahmen:** bei der Sozialen Marktwirtschaft mehr Eingriffe nicht nur ordnungspolitischen, sondern auch prozessualen Charakters (z. B. aktive Konjunkturförderung, staatliche Fürsorge)

- * **Ergebnis:** Soziale Marktwirtschaft als **stark sozial abgefederte Marktwirtschaft**, nicht aber als „dritter Weg“ zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, da die **marktwirtschaftliche Ausrichtung dominiert**

■ Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft

- zwar **keine ausdrückliche Festlegung einer Wirtschaftsordnung** im Grundgesetz
- jedoch vielfältige **Hinweise auf Grundlagen einer Sozialen Marktwirtschaft**
 - Art. 2: freie Entfaltung
 - Art. 12: Berufsfreiheit
 - Art. 14,1: Privateigentum
 - Art. 20: sozialer Bundesstaat
 - Art. 28: sozialer Rechtsstaat
 - Art. 14,2: Sozialbindung des Eigentums (= am Gemeinwohl orientierte Nutzung von Eigentum)
 - Art. 14,3: Enteignung
 - Art. 15: Sozialisierung, Vergesellschaftung

Wirtschaftspolitik in Deutschland

■ Problematik

- zwar **Dynamik ständiger Veränderungen** (Schumpeter: „Prozess der schöpferischen Zerstörung“) in der Marktwirtschaft
- jedoch **Streben nach wirtschaftlicher Stabilität** (Hintergrund: Rückgang von Produktion und Beschäftigung in den 1960er Jahren)

■ Das magische Sechseck: wirtschaftspolitische Ziele

ursprünglich „magisches Viereck“ (Stabilitätsgesetz 1967)

Basis: **gesellschaftliche Grundwerte** (Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit)

- **hoher Beschäftigungsstand**: möglichst Vollbeschäftigung zur Verhinderung sozialer Härten und zur Minimierung von Staatsausgaben
- **Preisniveaustabilität**: Verhinderung von Deflation, maximal moderate Inflation (bis ca. 2%)
- **stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum**: Abfederung konjunktureller Schwankungen und Beschäftigungssicherung durch Wachstum
- **außenwirtschaftliches Gleichgewicht**: Verschuldungsvermeidung, Inflationsverhinderung, Verhinderung des Ressourcenabflusses ins Ausland
- **Umweltschutz**
- **gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung**: Erhalt gesellschaftlicher Solidarität, Verhinderung von (gewalttätigen) Verteilungskämpfen.

„magisch“: **gleichzeitiges Erreichen aller Ziele ist unmöglich**



Zielbeziehungen:

- Zielkomplementarität (z. B. Wirtschaftswachstum und hoher Beschäftigungsstand)
- Zielneutralität
- Zielkonflikt (z. B. Wirtschaftswachstum ↔ Umweltschutz, hoher Beschäftigungsstand ↔ Preisstabilität)

■ Problem der Verteilungsgerechtigkeit

	Wirtschaftsordnung		
	Zentralverwaltungswirtschaft	Freie Marktwirtschaft	Soziale Marktwirtschaft
Leistungsprinzip (Verteilung nach Leistung)	nicht/kaum vorhanden	dominant	deutlich ausgeprägt
Egalitätsprinzip (gleiche Verteilung)	deutlich ausgeprägt	nicht/kaum vorhanden	erkennbar vorhanden (Gleichheit etwa bei bestimmten Sozialleistungen: gesetzliche Krankenversicherung; Arbeitslosengeld II)
Bedarfsprinzip (Verteilung nach Bedürfnis)	deutlich ausgeprägt	nicht/kaum ausgeprägt	erkennbar vorhanden (Sicherung des Grundbedarfs Aller)

Wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten

- **Ordnungspolitik**: Festlegung von Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln (langfristig)
- **Strukturpolitik**: Gestaltung des Strukturwandels (mittelfristig)
- **Konjunkturpolitik**: Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (kurzfristig)